

FÜR EINE GERECHTE UND ENGAGIERTE SOZIALPOLITIK

JETZT. FÜR MORGEN.



GRUENE-NIEDERSACHSEN.DE

GRÜNE stehen für eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder anderen Unterschieden die gleichen Chancen auf Teilhabe und individuelle Verwirklichung haben.

Manchen mag es altmodisch vorkommen, aber wir sind immer noch der Auffassung, dass Wirtschaft den Menschen nützen sollte – und nicht umgekehrt. Im Zuge der immer rascher fortschreitenden Globalisierung mögen sich viele die Sinnfrage nicht mehr stellen. Zeit also, daran zu erinnern, dass es Wohlstandsversprechen waren, die diese Form von Weltwirtschaft einst legitimierten.

Mittlerweile wird kaum noch jemand ernsthaft bestreiten, dass die sozialen Gegensätze nicht nur weltweit, sondern auch in unserer Gesellschaft größer geworden sind. Mehr denn je ist für uns Gerechtigkeit deshalb eine politische Handlungsmaxime, auf Bundes- wie auf Landesebene. Wir brauchen in Niedersachsen eine solidarische, gerechte und nach vorn gewandte GRÜNE Sozialpolitik. Wir wollen, dass niemand zurückgelassen wird.

Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Frage einer gerechten Verteilung von Teilhabechancen. Dies betrifft den Zugang zu Bildung ebenso wie die Integration von Menschen mit Behinderungen in das Erwerbsleben. Auch sind wir von der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern noch immer weit entfernt. Frauenpolitik ist als eigenständiger Politikbereich auch heute noch notwendig für unsere Gesellschaft.

Deshalb darf Frauenförderung nicht der Familienförderung zum Opfer fallen, sondern muss als eigenständige politische Zielvorgabe erhalten bleiben. Frauenpolitik ist für uns aber auch eine Querschnittsaufgabe, die in allen anderen Politikfeldern berücksichtigt werden muss. Das bedeutet: Geschlecht/Gender ist für uns eine politische Kategorie, die es grundsätzlich mitzubedenken gilt, will man zukunftsfähige und geschlechtergerechte politische Entscheidungen treffen.

ARBEIT SCHAFFEN – QUALIFIKATION ERHÖHEN

Im Frühjahr 2007 waren in Niedersachsen mehr als 145.000 Menschen länger als ein Jahr arbeitslos. Untersuchungen zeigen: Davon war jeder Zweite drei Jahre und jeder Dritte sechs Jahre lang nicht mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies liegt nicht an Hartz IV, sondern an einem langfristigen Trend: dem Wandel von einer produktionsorientierten Industrie hin zu einer Hightech- und Wissensgesellschaft. Nicht wenige Arbeitssuchende sind unter den aktuellen Arbeitsbedingungen dauerhaft vom Arbeitsleben ausgeschlossen. Denn bei ihnen klaffen einerseits berufliches und persönliches Profil, andererseits die Arbeitsplatzanforderungen in eklatanter Weise auseinander. Für sie müssen massive arbeitsmarktpolitische Anstrengungen unternommen werden. Sonst wird sich der Trend zu zwei Klassen von Arbeitslosen auch in Niedersachsen weiter verstärken.



Der Anteil der Geringqualifizierten unter den dauerhaft Arbeitslosen wächst. Für Menschen ohne oder mit veralteter Berufsausbildung ist das Risiko, dauerhaft keine Beschäftigung zu finden, mehr als sechsmal so hoch wie für Akademikerinnen und Akademiker. Selbst im Niedriglohnbereich werden die Geringqualifizierten verdrängt.

Auch wenn die aktuellen Arbeitsmarktdaten einen positiven Trend aufweisen, müssen wir den konjunkturellen Aufschwung besser nutzen, um für die Betroffenen eine echte Trendwende einzuleiten. Für den großen Anteil der Langzeitarbeitslosen brauchen wir geeignete kommunal gesteuerte Arbeitsmarktinitiativen. Diese sollen denjenigen Angebote unterbreiten, die als schwer oder nicht vermittelbar gelten.

Lediglich vier Prozent der Arbeitsgelegenheiten sind in Niedersachsen sozialversicherungspflichtige, öffentlich geförderte Arbeitsplätze. Diese Quote muss dringend erhöht werden.

PROJEKT: KEINER BLEIBT OHNE ANGEBOT

Schon heute gibt es in einzelnen Regionen wie den neuen Bundesländern Modelle von Bürgerarbeit. Sie sollen Langzeiterwerbslose in das Arbeitsleben integrieren.

Wir wollen in möglichst vielen Kommunen öffentliche beziehungsweise gesellschaftliche Arbeit fördern. Kombiniert aus Hartz IV und Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) sollen bis zu dreijährige Beschäftigungsverhältnisse als Alternative zu Ein-Euro-Jobs entstehen.

Der Vorteil dieser Angebote: Sie sind keine Beschäftigungstherapie. Der Einsatz erfolgt freiwillig und bietet sinnstiftende Tätigkeiten mit wachsender Qualifikation. In einem ersten Schritt sollen 7.000 der derzeit 20.000 Arbeitsgelegenheiten für ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger derart aufgewertet werden.

Mit Blick auf den Fachkräftemangel muss die Arbeitsmarktpolitik vorausschauend ausgerichtet werden. Wir wollen mehr in die Qualifikation von Fachkräften investieren. Und wir legen mehr Wert auf regionale Kooperationen innerhalb der Branchen und



Weiterbildungsinvestitionen von Unternehmen. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre Überschüsse stärker als bisher für die Weiterbildung von gering qualifizierten Arbeitslosen und Beschäftigten und die Vermittlung von Arbeitslosen in Beschäftigungsverhältnisse einsetzt.

Mindestlohn statt Kombilohn

Sonderwege bei der Arbeitsförderung wie der Niedersachsen-Kombilohn müssen aufgegeben werden. Denn das Modell geht vorbei an den eigentlichen Zielgruppen, den unter 25-Jährigen und den über 55-Jährigen. Viel effektiver wirken bundeseinheitliche Zuschüsse für Lohnnebenkosten in den unteren Lohngruppen.

In einzelnen Branchen hat sich ein Lohnniveau entwickelt, das in unserer sozialen Marktwirtschaft nicht hinnehmbar ist. Es kann nicht sein, dass diese Einkommen über Transferzahlungen auf Arbeitslosengeld II aufgestockt werden müssen.

Für uns gilt: Auf einem Vollzeitarbeitsplatz muss ein arbeitsfester Lohn verdient werden. Deshalb plädieren wir für einen Mindestlohn, der eine gesetzliche Untergrenze festlegt, so dass in einzelnen Branchen und Regionen höhere Mindestlöhne festgesetzt werden können.

Wir wollen das Landesvergabegesetz ausweiten und verschärfen. Zukünftig wollen wir die Einhaltung von branchenbestimmenden Tarifverträgen für öffentliche Aufträge garantieren. Außerdem

sollen die Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wieder in das Gesetz einbezogen werden.

Und damit zahlreiche öffentliche Aufträge in Niedersachsen erfasst werden, wollen wir die Schwellenwerte zur Anwendung der Regelung senken. Soziale und ökologische Standards bei der Produktion wollen wir bei der gesamten öffentlichen Beschaffung zu wichtigen Entscheidungskriterien machen.

Wirtschaftsförderung – innovativ und gerecht

Wir wollen die Wirtschaftsförderung des Landes auf kleine und mittlere Unternehmen konzentrieren, da diese häufig unter der sehr niedrigen Eigenkapitalquote leiden.

Wir wollen, dass Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Niedersachsen ein flächendeckendes Netz regionaler Beteiligungsgesellschaften knüpfen. Stille Beteiligungen sind eine Möglichkeit, die Kreditkosten für Mittelstand und Handwerk niedrig zu halten. Erfreuliche Entwicklung: Nach den jüngsten Anpassungen der Strukturfondsverordnungen können künftig auch EU-Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE-Programm) für die Bildung solcher Beteiligungsfonds eingesetzt werden.

Darüber hinaus steht europäisches Fördergeld zum Einsatz revolutionärer Wagniskapital- und Kreditfonds zur Verfügung. Die US-Immobilienkrise hat auch bei uns die Fehlinvestitionen von Kreditinstituten sichtbar gemacht.



Wir fordern deshalb in diesem Bereich eine stärkere Kontrolle und Transparenz. Zusätzlich wollen wir einige der sogenannten "innovativen" Finanzierungsinstrumente zum Schutz der Kundinnen und Kunden verbieten. Sie ermöglichen der Kreditwirtschaft allzu spekulative Finanztransaktionen.

Wir wollen die Wirtschaftsförderung des Landes bis auf einige Ausnahmen auf Darlehensprogramme umstellen. Sehr viel sinnvoller als einzelbetriebliche Investitionszuschüsse, die allzu oft bloße Mitnahmeeffekte verursacht haben, sind etwa Kleinkredite für Existenzgründerinnen und -gründer. Dafür wollen wir in Niedersachsen eine Organisation fördern, die Klein- und Kleinstkredite für Anschubfinanzierungen zur Verfügung stellt. So soll brachliegendes Innovations- und Beschäftigungspotential ausgeschöpft werden. Insbesondere Kreativunternehmen brauchen oftmals nur eine kleine Anschubfinanzierung, auf die staatliche Förderprogramme bisher aber nicht zugeschnitten sind.

Viele Existenzgründungen erfolgen aufgrund fehlender Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Mangelhafte Vorbereitung ist vielfach der Grund dafür, dass die Selbstständigkeit häufig nicht von langer Dauer ist. Wir wollen deshalb die betriebswirtschaftlichen Kenntnisse von Existenzgründerinnen und -gründer verbessern und durch "Senior-Patenschaften" die Beratung ausbauen. Vermittelt über Kammern und Verbände, soll die wachsende Zahl qualifizierter Ruheständlerinnen und Ruheständler den neuen Selbstständigen zur Seite stehen.

ARMUT BEKÄMPFEN

Die CDU/FDP-Regierung hat einen neuen Armutsbericht verweigert, um die unsozialen Auswirkungen ihrer Politik zu verschleiern. Aber die vorliegenden Zahlen sind eindeutig: In Niedersachsen gibt es einerseits eine wachsende Gruppe von Armen, andererseits steigt die Zahl der Reichen. Die Spaltung der Gesellschaft nimmt rasant zu. Für eine effektive Armutsbekämpfung braucht Niedersachsen eine regionalisierte Sozialberichterstattung, die auch den Kommunen als Grundlage für gezielte Sozialplanungen dienen kann.

Immer mehr Menschen haben immer weniger Geld zur Verfügung. Das belegt auch die wachsende Zahl von Privatinsolvenzen. Das verfügbare Einkommen schrumpft erheblich – sei es durch steigende Energiepreise und Krankenkassen-Tarife oder die Erhöhung der Mehrwertsteuer. In vielen Branchen gibt es außerdem Einkommensverluste, etwa durch den Wegfall von Urlaubs- und Weihnachtsgeldern.

Skandal Kinderarmut

Von Armut betroffen sind viele Arbeitslose, Haushalte mit Kindern und alleinerziehende Frauen. In Niedersachsen ist die Zahl der unter 15-Jährigen, die von Sozialtransfers abhängig sind, von 2005 auf 2006 um gut zehn Prozent gestiegen.



In dieser Situation wollen wir vor allem einkommensschwache Familien mit Kindern entlasten. Hierzu gehört das verpflichtende, aber kostenfreie Bildungsjahr vor der Einschulung. Inbegriffen ist auch eine Lernmittelfreiheit für Kinder von Sozialhilfe- und Hartz IV-Empfängerinnen und -empfängern.

Für die Mahlzeiten ihrer Kinder können Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) zwischen 2,57 und 3,43 Euro pro Tag ausgeben. Es kann nicht sein, dass manche Kinder auf ein warmes Schulessen verzichten müssen, weil die Eltern es nicht bezahlen können. Solange der Bundesgesetzgeber keinen bedarfsgerechten Regelsatz für Kinder und Jugendliche geschaffen hat, fordern wir einen Sozialfonds, an dem sich das Land Niedersachsen und die Kommunen beteiligen. Gleichzeitig wollen wir, dass Kinder von einkommensschwachen Familien nicht von der Sekundarstufe II ausgegrenzt werden, weil niemand ihre Busfahrkarte bezahlt. Sport und Kultur müssen allen Kindern und Jugendlichen zugänglich sein, auch wenn ihre Eltern ALG II-Leistungen beziehen.

Hartz IV erhöhen

Das ALG II muss deutlich erhöht werden. Zusätzlich müssen die Regelsätze für Kinder und Jugendliche als eigenständige Grundversicherung, die ihren tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen, festgelegt werden. Sachleistungen und so genannter Mehrbedarf

müssen auch für Familien mit Einkommen knapp oberhalb der Einkommensgrenzen von ALG II unbürokratisch zur Verfügung stehen. Hier muss das Land Niedersachsen im Bund Verantwortung übernehmen und sich im Bundesrat vehement für eine Änderung der Rahmenbedingungen einsetzen.

Das ALG II soll den Forderungen der Wohlfahrtsverbände entsprechend um etwa 20 Prozent angehoben werden. Statt milliardenschwere Steuernachlässe für die Ehe zu gewähren, müssen Frauen und Männer eigenständig abgesichert und Kinder gefördert werden.

Wir wollen, dass ALG II-Bezieherinnen und –bezieher weiter 100 Euro ohne Anrechnung auf ihre Leistungen verdienen können. Eine Abschaffung des 100 Euro-Freibetrags halten wir für ein falsches Signal. Wir wollen auch die Schuldnerberatung ausbauen und das dafür notwendige Geld nicht zuletzt über eine Beteiligung von Geschäftsbanken und Mobilfunkfirmen bereitstellen. Wichtiger denn je ist die Beratung von Erwerbslosen. Deswegen müssen die bestehenden Netzwerke und Initiativen landespolitisch abgesichert werden.

HERAUSFORDERUNG DEMOGRAFISCHER WANDEL

Die veränderten Altersstrukturen in unserer Gesellschaft erfordern Anpassungen auf verschiedenen Ebenen – zum Beispiel in der Gestaltung des Lebenslaufs und des gesellschaftlichen Miteinanders.



Auch soziale Sicherungssysteme und die Beschäftigtenstruktur müssen angepasst werden.

Wir wollen die Erfahrungen und Fähigkeiten älterer Menschen nutzen und ein konstruktives und solidarisches Miteinander der Generationen als Chance begreifen: Im bürgerschaftlichen Engagement und in der Selbsthilfe werden wir Strukturen unterstützen, die dies ermöglichen. Durch den Ausbau von ambulanten und stationären Rehabilitationsangeboten wollen wir ein gesundes und aktives Altern fördern und Lebensqualität sowie Selbständigkeit älterer Menschen sichern.

Hierzu gehören neue Wohnformen und eine entsprechende Verkehrs- und Siedlungsplanung. Einige Kommunen weisen heute expansiv neue Wohn- und Gewerbeflächen aus und versuchen so junge Familien anzulocken. Das ist keine nachhaltige Antwort auf den demografischen Wandel. Ergebnisse dieser Politik sind die immer stärkere Zersiedelung der Landschaft und Leerstände im vorhandenen Wohnungsbestand. Die kommunalen Haushalte werden belastet, weil sie eine öffentliche Infrastruktur aufrecht-erhalten sollen, die auf Zuwachs ausgelegt ist. Stattdessen setzen wir auf einen planvollen Umgang mit dem Bevölkerungsrückgang, aber gleichzeitig auch auf familiengerechtere Angebote zum Wohnen und Arbeiten. Damit die Zahl der Geburten steigt, sind staatliche Hilfen für Familien und Kinder notwendig. Statt schwarz-gelber Aushöhlung regional-planerischer Instrumente wollen wir eine stärkere Verbindlichkeit der Raumplanung: Bevor kommunale Flächennutzungspläne

genehmigt werden, muss deshalb die Notwendigkeit neuer Wohn- und Gewerbeflächen verbindlich geprüft werden.

GESUNDHEIT IST KEINE WARE

“Das Wichtigste ist die Gesundheit!” So banal dieser oft gehörte Satz auch ist – unsere Gesellschaft nimmt ihn leider immer weniger ernst. Gesundheit bzw. Vorsorge, Medizin und Pflege, sind mit dem Streben nach Effizienz immer stärker der Logik des Marktes unterworfen. Wie entwürdigend das teilweise ist, muss besonders die wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen leider immer öfter erfahren. Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik!

Gesundheit fängt bei Kindern an

Immer mehr Kinder leiden unter Fehl- und Mangelernährung. GRÜNE wollen deshalb die Gesundheit von Kindern konsequent fördern. Diese Förderung muss bereits in der Schwangerschaft beginnen, die Geburt des Kindes begleiten und mit geeigneten Maßnahmen in Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Schulen fortgesetzt werden. Dafür sind gesundheitsfördernde Maßnahmen und Projekte wie Familienhebammen, Beratung und Unterstützung von Eltern sowie Angebote in den Bildungseinrichtungen flächendeckend



auszubauen. Es besteht erheblicher Informationsbedarf in Sachen Gesundheit.

Kindern und Jugendlichen ist bei Erkrankung ein besonderes Mitspracherecht in eigener Sache einzuräumen. Bündnis 90/Die Grünen fordern die Einrichtung einer ständigen Kindergesundheitskonferenz. Die Gesundheit von Kindern mit Migrationshintergrund muss einen besonderen Stellenwert in Niedersachsen bekommen.

Prävention und Selbsthilfe

Grundanliegen unserer Politik sind Gesundheitsförderung und Vorsorge. Grüne Gesundheitspolitik baut auf mündige und gut informierte Patientinnen und Patienten.

Deshalb wollen wir das landesweite Netz der Selbsthilfekontaktstellen ausbauen.

Niedersachsen kann und darf nicht länger auf die bundesweite Stiftung für Prävention warten. Die Mittel für Prävention und Selbsthilfe sind längst zum Spielball von Einzelinteressen geworden. Bündnis 90/Die Grünen wollen deshalb eine Landesstiftung "Prävention" einrichten.

Wir wollen Prävention und Selbsthilfe inhaltlich und programmatisch neu ausrichten. Neben der medizinisch begründeten Arbeit sollen auch Hilfen durch Familien oder das soziale Netzwerk – wie der Freundeskreis – motiviert werden.

Die Zahl chronischer Erkrankungen wächst, Allergien und Umwelterkrankungen nehmen zu, mehr Menschen als früher erreichen ein deutlich höheres Lebensalter. Deshalb muss die Vorsorge künftig ein noch größeres Gewicht in der Arbeit – auch der Gesundheitsämter – erhalten, um für alle Betroffenen so lange wie möglich eine ausreichende Lebensqualität zu erhalten und zu sichern. Angebote zur Prävention sollen alle Menschen erreichen.

Das beginnt mit einer hochwertigen Schwangerenvorsorge und einem flächendeckenden Netz von Familienhebammen. Wir wollen engmaschige und kostenfreie Vorsorgeuntersuchungen für alle Kinder ausbauen. Vor dem Besuch einer Kindertagesstätte sollen alle Kinder verpflichtend nach einheitlichem Standard untersucht werden, auch auf ihre Sprachkompetenz. Einheitliche Schuleingangsuntersuchungen gehören ebenfalls zu unserem Konzept. Besonders für sozial benachteiligte Kinder wollen wir zusätzliche Präventions-Angebote (u.a. auch durch Sportförderung) bereitstellen.

In der ganzen Welt breiten sich Aids-Erkrankungen dramatisch aus. Die Bekämpfung stellt auch die Landespolitik vor Herausforderungen. In Niedersachsen infizieren sich jährlich mehr als 100 Menschen mit dem HI-Virus. Die HIV-Prävention darf deshalb nicht nachlassen und Aids-Hilfe-Einrichtungen müssen gestärkt werden. Das landesweite Netz von kultursensiblen, muttersprachlichen AIDS-Mediatorinnen und –mediatoren muss an Schulen und Hochschulen ausgebaut werden.



Mit Drogen verantwortungsvoll umgehen

Wir treten ohne Wenn und Aber für ein Rauchverbot in allen öffentlichen Gebäuden ein. Es ist einfach nur erbärmlich, welchen Eiertanz die CDU/FDP-Landesregierung um das Nichtraucherschutz-Gesetz aufgeführt hat.

Ein zunehmendes Problem stellt der Missbrauch von Alkohol dar. Deshalb unterstützen wir den Vorstoß einiger Kommunen, sogenannte "Flatrate-Partys" zu verbieten. Diese Partys animieren besonders Jugendliche zu übermäßigem Alkoholkonsum.

Wir sehen die wachsenden Suchtprobleme als Gefährdung für die individuelle Gesundheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Kampf gegen die Abhängigkeit kann nicht gelingen, wenn Kriminalisierung und Repression im Vordergrund stehen.

Alle Menschen haben einen Anspruch auf gesundheitliche Prävention. Deshalb gehören sterile Spritzen, Drogen- und Suchtberatung auch in den Strafvollzug. Schwerstabhängigen wollen wir durch die legale Verabreichung von Heroin die notwendige Hilfe zuteil werden lassen. Dafür ist es notwendig, Diamorphin (Heroin) ebenso wie Methadon als wirksame Behandlung und damit auch als Medikament anzuerkennen und zuzulassen. So lässt sich die Beschaffungskriminalität wirksam eindämmen und der organisierten Kriminalität ein wichtiger Nährboden entziehen.

Den Cannabiskonsum wollen wir entkriminalisieren, aber nicht, weil wir die Gefahren bagatellisieren wollen, sondern weil das Verbot einen wirksamen Jugend- und Gesundheitsschutz erschwert.

Medizinische Versorgung wohnortnah

Die Krankenhauslandschaft steht unter erheblichem Wandlungsdruck, das wird durch die Privatisierung oder gar Schließung von immer mehr Krankenhäusern deutlich. Angesichts des demografischen Wandels werden sich die Krankenhäuser in Zukunft stärker der Behandlung und Versorgung älterer Menschen widmen müssen. Deshalb unterstützen wir die Entwicklung neuer Formen der Übergangsversorgung für ältere Menschen nach der Akutbehandlung.

Eine Versorgung nahe am Wohnort muss trotz des weiter drohenden Bettenabbaus sichergestellt werden. Wo Krankenhäuser geschlossen werden, müssen deshalb zeitnah medizinische Versorgungszentren beziehungsweise Ambulanzen oder Netze der integrierten Versorgung aufgebaut werden. Denkbar und wünschenswert sind hier Investitionshilfen des Landes zur Umwandlung kleinerer Krankenhäuser in solche neuen medizinischen Versorgungszentren und Ambulanzen.

Gemeinsam mit den Initiativen vor Ort haben sich GRÜNE jahrelang für den Aufbau der palliativmedizinischen Versorgung



und den Ausbau der Hospizdienste eingesetzt. Diese Arbeit trägt Früchte, so dass nun nach und nach die palliativmedizinischen Stützpunkte mit Hilfe des Landes ausgebaut werden. Aber für die Betroffenen drängt die Zeit. Der Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung muss deshalb zeitnah und flächendeckend auch in Wohnortnähe weiter vorangetrieben werden. Besonders schwerstkranke Kinder und ihre Familien brauchen Hilfe, deshalb sind die Kinderhospize mittel- und langfristig zu sichern. GRÜNE treten ein für die verbindliche Zusammenarbeit von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern, Hospiz- und Palliativdiensten und wollen diese weiter ausbauen.

Qualitätssicherung im Gesundheitswesen

Im Gesundheitswesen hat sich ein Wandel vollzogen. Mehr und mehr wird über die Qualität von Leistungen gesprochen. Patienten und Angehörige erkennen durch die Brille der Betroffenheit die Mängel und Defizite. Grüne wollen die Qualitätssicherung in den niedersächsischen Krankenhäusern vorantreiben und dabei die Patienteninteressen im Interesse der Patientensicherheit stärker berücksichtigt wissen. Grüne wollen, dass in allen niedersächsischen Krankenhäusern Ansprechpartner und Patientenführer eingerichtet werden. Im eigenen Interesse der Träger muss der Dialog über die Qualität unserer Krankenhäuser die Patientenseite stärker einbinden: Die oben angesprochene stärkere Zusammenarbeit aller Insti-

tutionen im Gesundheitssektor leistet gleichzeitig auch einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung.

Menschenwürdige Pflege

Die zunehmende Zahl hoch betagter Menschen stellt uns vor eine zentrale Herausforderung: die Sicherung einer menschenwürdigen und bedarfsgerechten Pflege. Ein großer Teil der Pflegeleistungen wird im familiären Rahmen, und hier ganz überwiegend von Frauen, erbracht. Viele Frauen stellen zur Pflege von Angehörigen ihr eigenes berufliches Engagement zurück, reduzieren ihre Arbeitszeit oder scheiden zur Pflege zeitweise aus dem Beruf aus. Frauen, die bereits einen erheblichen Anteil an Kinderbetreuungs- und Erziehungszeiten haben, dürfen durch die Übernahme von Pflegeleistungen in beruflicher Hinsicht nicht zusätzlich benachteiligt werden.

Wir setzen uns daher für eine gerechte Verteilung und gesellschaftliche Neubewertung familiärer Pflegeleistungen ein. Besonders demenzkranke Menschen müssen besser betreut werden. Ambulant wie auch teilstationär müssen dazu qualitativ hochwertige, wohnortnahe Pflegeinfrastrukturen geschaffen werden. Hierzu wollen wir die Pflegeberufe aufwerten und uns für eine verbesserte Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften einsetzen. Zudem muss das Vor- und Umfeld der Pflege qualitativ verbessert werden. Wir streben als Lösung eine Mischung aus



professioneller, bürgerschaftlicher und familiärer Hilfe an. Dabei soll eine unabhängige Pflegeberatung den Verbraucherschutz verbessern und die Angehörigen unterstützen. Das Heimgesetz des Bundes muss auf Landesebene zu einem "Einrichtungen- und Dienstegesetz" weiterentwickelt werden. Wir wollen, dass rechtliche Rahmenbedingungen für neue Einrichtungstypen und neue Wohnformen im Alter entwickelt werden. In Zukunft sollen die Wahlfreiheit und Selbstbestimmung der Betroffenen gewahrt, aber auch der Verbraucherschutz gewährleistet werden.

SELBSTBESTIMMT LEBEN MIT BEHINDERUNG

Zu einem selbstständigen und selbstbestimmten Leben gehört auch für Menschen mit Behinderungen die weitgehende Freiheit bei der Wahl ihres Lebensortes.

Ein barrierefreies Umfeld ist die Voraussetzung für Mobilität und Selbstbestimmung. Wir befürworten deshalb den flächen-deckenden Ausbau des persönlichen Budgets für die Betroffenen, entsprechende Angebote müssen ausgeweitet werden.

Und wir setzen uns ein für die Förderung barrierefreier Wohnungen und bedarfsgerechter Hilfen – sowohl ambulant als auch teilstationär. Wir wollen Anreize schaffen, stationäre Plätze in ambulante umzuwandeln, ohne dabei gute und bedarfsgerechte stationäre Angebote zu gefährden. Niedersachsen darf nicht länger bundesweit eine Spitzenstellung bei den Heimunterbringungen von Menschen mit seelischen Behinderungen einnehmen.

